

Regionaler Planungsverband München

**Auszug aus der
N I E D E R S C H R I F T**

211. Sitzung des Planungsausschusses
des Regionalen Planungsverbands München am 02.03.2010
im Alten Rathaus der LH München

- Öffentlich -

Beratungsgegenstände:

1. Zukunft der Landes- und Regionalplanung
2. Arbeitsprogramm 2010
3. Mitwirkung des Regionalen Planungsverbands München bei der Abstimmung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen mit den Erfordernissen der Raumordnung

Hier: Gashochdruckleitung Burghausen – Finsing

4. Wiederaufgreifen Verbindlicherklärung der Ziele RP 14 B V Z 5.2 und Z 5.3, 2. Halbsatz
5. Verschiedenes

Vorsitz

OB Ude

Planungsausschuss

StR Dr. Assal
StR Bickelbacher/LH München
StR Brannekämper/LH München
Stv. LR Dr. Braun/Lkr. Fürstenfeldbruck
1. Bgm. Dworzak/Gemeinde Haar
1. Bgm. Göbel/Gemeinde Gräfelfing
1. Bgm. Gotz/Stadt Erding
StRin Hacker/LH München
Verw.Dir Kellner/LH München
1. Bgm. Dr. Kränzlein/Gemeinde Puchheim

1. Bgm. Krötz/Gemeinde Rott
 StR Dr. Kronawitter/LH München
 StR Dr. Mattar/LH München
 Stadtbaurätin Prof. Dr. Merk/LH München
 1. Bgm. Monn/Gemeinde Berg
 StRin Rieke/LH München
 LR Roth/Lkr. Starnberg
 LRin Rumschöttel/Lkr. München
 1. Bgm. Schelle/Gemeinde Oberhaching
 StR Schmid/LH München
 1. Bgm. Schneider/Gemeinde Neufahrn
 KR Sterr/Lkr. Erding
 StRin Tausend/LH München

StR Zöllner/LH München

Regierung von Oberbayern ORRin Freifrau Loeffelholz von Colberg
 RD Winter

StMWIVT MR Veit

Gemeinde Fraunberg 1. Bgm. Wiesmaier

Geschäftsstelle Geschäftsführer Breu

Sitzungsdauer 14:05 Uhr bis 15:05 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 1 Zukunft der Landes- und Regionalplanung

Der Vorsitzende verweist auf die Inhalte der Drucksache 01/10. Er berichtet, ein Landrat habe sich sehr öffentlichkeitswirksam in der Presse der Meinung des Exministers Erwin Hubers angeschlossen, die Regionalen Planungsverbände seien abzuschaffen.

Gotz versichert, er spreche nicht für den vom Vorsitzenden erwähnten Landrat, sondern für die Gemeinden und die Stadt Erding. Er habe sich auch bisher nicht öffentlich zum Thema geäußert. Er meint, die ablehnende Haltung des Landrats des Landkreises Erding damit erklären zu können, dass in dieser Region eine Gemengenlage herrsche, 1992 ein Flughafen situiert worden sei und man feststellen musste, dass man nahezu bei allen Entscheidungen - von der Staatsregierung bis hin zu den Planungsverbänden - überstimmt worden sei und die vorgetragenen Wünsche keine Berücksichtigung fanden. Bisher ergaben sich kaum Gelegenheiten, auf diesen Missstand hinzuweisen.

Nach seiner persönlichen Meinung könne er sich zwar mit dem Beschlussvorschlag arrangieren, er sehe jedoch einige Dinge, die sich aus dieser Gemengenlage ergeben, vorbehaltlich. Er erinnert an das Abstimmungsverhalten zum Nachtflugverbot zur 3. Startbahn und Entscheidungen zu den Einzelhandelsflächen. Ebenso an Äußerungen der ehe-

maligen Stadtbaurätin Prof. Thalgott, nach denen der Landkreis dafür verantwortlich sei, die Verkehrsabwicklung insbesondere des Flughafens in der Region zu regeln. Das sei eine Reduzierung auf die falschen Dinge. Er plädiert dafür, Strukturen und Aufgabenstellungen neu zu ordnen.

Der Vorsitzende äußert seine Zustimmung.

Gotz versichert, auch die Bürgermeister, Gemeinde- und Stadträte in der Region seien zu einer verantwortungsbewussten Entscheidung fähig, wenn es um Einzelhandelsansiedlungen gehe. Diese werden benötigt, wenn man wohnortnahe Arbeits- und Ausbildungsplätze haben möchte. Und dass man dann in dieser Gemengenlage auch mit der Stellungnahme der Planungsverbände – sei es RPV oder PV, deutlich zu kämpfen habe. Aus seiner Sicht solle die selbstbewusste Aufstellung und Entwicklung, die immer von den Planungsverbänden gefordert werde, auch stattfinden. Mit den Vorschriften des LEP und der Planungsverbände bestehe in den Landkreisen Erding und Freising eine ganz andere Aufgabenstellung und Herausforderung. Man wolle in dieser Region wenigstens die Chancen nutzen, auch wenn das in einer ganzen Reihe von Möglichkeiten verwehrt werde. Er wertet die Formulierung in dieser Position als möglichen Hilfeschrei. Er bezweifelt die Auffassung, die Planungshoheit sei tatsächlich in kommunaler Hand. In seiner Tätigkeit als Bürgermeister von Erding erlebe er täglich das Gegenteil: Ein Antrag auf Ansiedlung großflächigen Einzelhandels werde mit der Begründung, die Fläche sei um über 100 m² ausgereizt und dem Verweis auf Innenstadtrelevanz, abgelehnt und 20 km entfernt werde gleichzeitig ein XXL-Lutz Möbelhaus errichtet. Diese Vorgehensweise wolle er nicht mehr hinnehmen. Er erwarte für die Bewältigung der Aufgaben in der Region Unterstützung durch den Regionalen Planungsverband.

Gotz äußert seine Vorbehalte zur Olympiabewerbung der Stadt München in Bezug auf die verkehrliche Erschließung im Bereich des Flughafens. Seit 1992 sei die Infrastruktur in dieser Region vernachlässigt worden. Er stellt klar, dass der Zuschlag der Olympischen Spiele für die LH München zwar zu wünschen sei, ob die enormen finanziellen Mittel jedoch bereitgestellt werden können, sei fraglich.

Er signalisiert, mit einer Änderung im Beschlussvorschlag bezüglich der kommunalen Planungshoheit könne er sich einverstanden erklären. Überdies sei er weiterhin bereit, sich in diesem Gremium einzubringen.

Sterr schließt sich als Mitglied des Kreistags von Erding im Wesentlichen den Ausführungen seines Vorredners an. Der Beschluss des Ministerrates, die Landes- und Regionalplanung zu überprüfen, mache schon deutlich, dass hier Handlungsbedarf sei. Der Landkreis Erding habe aufgrund seiner Struktur mit vielen ländlichen Gemeinden in manchen Bereichen seine Bedenken geäußert, der Landrat habe sich deutlicher artikuliert und erklärt, dass er den Planungsverband in der jetzigen Form für entbehrlich hält. Sterr begründet das damit, dass die kommunale Beteiligung vielfach zu wenig gewährleistet sei – auch bei der Bearbeitung der landesplanerischen Regelung zum Einzelhandel bestehe Handlungsbedarf. Hier müssten zum Teil die gesetzlichen Grundlagen geändert werden, d. h., es sollten nur regional bedeutsame Vorhaben geregelt werden. Denn bei kleineren Vorhaben werde hier die kommunale Planungshoheit ausgehebelt. Er plädiert auch dafür, dass sich die Flughafenregion besser und stärker artikulieren könne. Die Dominanz der Landeshauptstadt München führe dazu, dass die Chancen für eine Mitsprache der Umlandgemeinden reduziert sei. Insgesamt sei eine Neuordnung der Landesentwicklungsplanung in einigen Bereichen und der Planungsregion 14 zu befürworten. Die Flughafenregion Erding/Freising müsse stärker gewichtet werden.

Der Vorsitzende erklärt, Zweifel daran, dass die Regionalplanung und regionale Entwicklung in kommunalen Händen sei, seien nicht berechtigt: dieses Gremium bestehe ausschließlich aus kommunalen Vertretern. Man könne lediglich mit den unzulänglichen Einflussmöglichkeiten unzufrieden sein. Wenn über den mangelnden Einfluss bei Flughafen und Anbindung geklagt werden, dann müsse man darauf hinweisen, dass es sich hier um ein Projekt des Freistaats Bayern handle. Der Freistaat ist Mehrheitsgesellschafter der FMG, der Flughafengesellschaft und er ist zuständiger Aufgabenträger für die Verkehrsanbindung. Die Schlussfolgerung, aus der Unzufriedenheit über die Flughafenentwicklung „nein“ zu sagen zur kommunalen Regionalplanung und sich 100%ig dem Flughafenmehrheitsgesellschafter, der dann auch für die Regionalplanung zuständig werde auszuliefern, halte er für widersinnig. Bei einer Abschaffung der Regionalen Planungsverbände würde diese Aufgabe von Staatsbehörden wahrzunehmen; also weisungsgebunden dem Antragsteller des Flughafenverfahrens, dem Verantwortlichen für die Flughafenanbindung und dem Betreiber der 3. Startbahn. In dieser Entwicklung sehe er keinen Fortschritt für die Flughafenregion Erding/Freising.

Breu verweist auf den Beschlussvorschlag, in dem Aufgeschlossenheit gegenüber Diskussionen über die derzeitigen Strukturen der Landes- und Regionalplanung und einer Reform geäußert wird.

Er erklärt, der Regionale Planungsverband übe seit Jahren Kritik am Einzelhandelsziel im LEP. Er verweist auf seine Arbeit in diversen Gremien und Initiativen, dieses Ziel zu ändern. Der Planungsausschuss habe sich in seiner Sitzung am 21.04.2009 bereits mit dem Thema befasst. Es wurde ein gemeinsames Papier mit den kommunalen Spitzenverbänden und der bayerischen Wirtschaft erarbeitet, mit dem Ergebnis, dass es regionale Abweichungsmöglichkeiten geben werde. Breu merkt an, der RPV habe sich sehr stark für die Planungen der Gemeinde Dornen eingesetzt habe. Das sei doch ein Grund, sich für die Stärkung der kommunal verfassten Regionalplanung einzusetzen. Eine automatische Änderung des LEP durch den Staat werde nicht erfolgen. Der Einzelhandel sei der größte Streitpunkt in der Raumordnung. Es wird nicht genau differenziert, wer dafür verantwortlich ist – es ist jedenfalls nicht der Regionale Planungsverband München. Er bedauert die schwache Durchschlagskraft, die nur durch die Mithilfe der Kommunen erhöht werden könne. Er beteuert, der Regionale Planungsverband werde die Kommunen weiter in der Frage der Größe der Verkaufsflächen bei der Planung von Einzelhandel unterstützen. Ein Fortschritt werde sich nur ergeben, wenn die Kommunen mehr zu sagen haben und das sei auf der regionalen Ebene, wenn die Regionalen Planungsverbände mehr Abweichungsmöglichkeiten haben. Das Ergebnis der letzten Reform Stoiber/Huber, die eine Verschlinkung der Verfahren zum Ziel hatte, war eine Verringerung der Kompetenzen der Verbandsversammlung, weniger Partizipation der Kommunen. Mit einer Reform der Landesplanung könne dies wieder verbessert werden.

Kränzlein kritisiert, dass im Lauf der Jahre immer weniger perspektivisch gearbeitet und oft nur reagiert, statt agiert worden sei. In der Abstimmung mit dem Regionalen Planungsverband sei man in seiner Region jedoch immer zu guten Ergebnissen gekommen. Bei allen Klagen über die mangelnde Infrastruktur und verkehrliche Versorgung in der Flughafenregion Erding/Freising dürfe man jedoch nicht vergessen, dass es sich um eine prosperierende Region mit deutlicher Steigerung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, damit Zuwachs an Steuern und ähnlichem mehr, handelt. Die statistischen Daten geben dies klar zu erkennen.

Die kommunale Planungshoheit, so hoch sie auch einzuschätzen sei, bedeute auch eine Gefahr. Mit der Regionalplanung könne manchmal gegen unvernünftige Gemeinderäte oder Bürger z. B. mit einem regionalen Grünzug einer bedingungslosen Siedlungsentwicklung gegengesteuert werden.

Mit einer Abschaffung der Regionalen Planungsverbände schwinde auch der Einfluss der Kommunen. Natürlich könne die Arbeitsweise noch verbessert werden.

Der Einfluss der Stadt München verringere die Mitsprache der Umlandgemeinden bei der Bewältigung der Probleme - wie zum Beispiel der MVV-Optimierung im Westen – da wiege die Stimme der LH einfach deutlich mehr.

Er plädiert dafür, sich für eine Reform einzusetzen und hierfür ein Papier zu erarbeiten.

Schneider appelliert an die Mitglieder, die Abschaffung der Regionalen Planungsverbände nicht zuzulassen. Die Abschaffung bedeute ein Aus-der-Hand-Geben der Möglichkeit, regional gehört zu werden. Das sei wesentlich schlimmer, als eine Reform zu erarbeiten. Die Reform müsse vorangetrieben werden, um die Regionalplanung in kommunaler Hand zu behalten.

Gotz erklärt, er habe in diesem Gremium, das er als richtigen Ort dafür hielt, lediglich seine Bedenken geäußert, Er stellt klar, dass es in seiner Region auch schon Wohlstand vor der Flughafeneröffnung gegeben habe. Seine Kritik reduziere sich auch nicht ausschließlich auf die Flughafenregion. Er appelliert an den Planungsausschuss, diese Krise als Chance zu sehen und zu nutzen, die Entwicklung in der Region, was die Zuzugsaufgaben betrifft und auch den Wunsch, Einzelhandels- und Großhandelsmöglichkeiten zumindest in Erwägung zu ziehen, voranzutreiben. Man solle auch den Gemeinden und Stadträten vertrauen, dass sie mit gesundem Menschenverstand in ihrer Abwägung eine Balance finden. Er verwahrt sich dagegen, dass von der Regierung Festsetzungen erfolgen, bei denen man keine Mitsprache hat, mit denen man dann aber leben muss. Er drängt auf baldiges Handeln - die Region werde weiter wachsen, auf die kommenden Aufgaben müsse man vorbereitet sein. Die bestehenden Verkehrswege seien überlastet, die Region habe bisher weder den Ringbahnschluss noch den Ausbau der Bundesstraßen zugesagt bekommen. Er betont, zur Zusammenarbeit bei einer Reform der Regionalen Planungsverbände bereit zu sein.

Göbel stellt klar, es stehe hier darüber zu beraten, ob es im Bereich der Regionalplanung, der Landesplanung eine Zukunft im bisherigen System geben werde, oder dieses ersetzt werde. Er hält es für naiv anzunehmen, dass die Fragen einer regional vorläufigen Planung, die dann verbindlich in der Bauleitplanung einer Gemeinde einzuhalten sei, ersatzweise statt bei den Regionalen Planungsverbänden irgendwie auf kommunaler Ebene liefe. Sie liefe dann auf staatlicher Ebene. Und wenn man sich einfach der Tatsache bewusst sei, dass ohnehin schon jede Regionalplanung und Landesplanung eine Einschränkung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts und damit des Grundrechts auf Planungshoheit ist, dann sei es nur konsequent, und eine andere kommunale Antwort auf dieses Ansinnen kann es überhaupt nicht geben, wenn man fordert, dass die Regionalplanung in kommunaler Verantwortung bleibt. Die Ausgestaltung sei nicht die Frage des heutigen Beschlusses, sondern ob die Planungshoheit in kommunaler Hand bleibe oder nicht. Die Planungshoheit sollte nicht aus der Hand der Kommunen gegeben werden.

Der Vorsitzende stellt fest, in der heutigen Sitzung gehe es nur um den Weiterbestand der Regionalen Planungsverbände. Eine Verbesserung in den Aufgaben und der Arbeit sei natürlich möglich und wünschenswert.

Sterr plädiert dafür, die Bedenken, Anregungen und Forderungen in die heutige Entscheidung mit einzubeziehen.

Der Vorsitzende schlägt einen Ergänzungssatz im Beschluss vor.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Planungsausschuss beschließt die folgende Resolution und empfiehlt sie auch der Verbandsversammlung im Juni 2010 zu beschließen:

„Regionalplanung und Regionalentwicklung muss in kommunalen Händen bleiben. Der Regionale Planungsverband München muss gestärkt werden.

Zu den Überlegungen der Staatsregierung, die Regionalplanung und Regionalen Planungsverbände erneut einer Reform zu unterziehen, erklärt der Regionale Planungsverband München:

1. Angesichts der Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung in der Region München ist eine gemeinsam regional abgestimmte und kommunal getragene Planung unerlässlich. Das betrifft vor allem die Themen, die sich überörtlich und über Landkreisgrenzen hinweg auswirken:
 - ⇒ Eine abgestimmte Siedlungs- und Freiraumentwicklung, die die Herausforderungen eines wärmer werdenden Klimas berücksichtigt.
 - ⇒ Eine Verkehrsentwicklung sowohl im motorisierten Individualverkehr wie auch im öffentlichen Personennahverkehr, die mit den Siedlungsstrukturen abgestimmt ist (der Verkehr wird in der Region München sehr stark zunehmen).
 - ⇒ Regional abgestimmte Vorschläge zur Ansiedlung großflächigen Einzelhandels (der Regionale Planungsverband München hat bereits 2004 ein regionales Einzelhandelskonzept erarbeiten lassen).
 - ⇒ Die langfristige Sicherung des Trinkwassers und von Abbaumöglichkeiten für Bodenschätze, um Lebensqualität und Wirtschaftskraft zu erhalten.

- ⇒ Regenerative Energien müssen forciert ausgebaut werden (z. B. Photovoltaik).

Diese Themen sind auch vor dem Hintergrund weiter zunehmender Einwohner und Arbeitsplätze und zunehmender Verflechtung aller Räume in der Region München besonders drängend. Ohne regional abgestimmte Entwicklung und Konzepte würde die Region München im internationalen Wettbewerb zurückfallen und könnte ihre herausragende wirtschaftliche Bedeutung für den gesamten Freistaat Bayern nicht mehr so erfüllen wie jetzt.

2. Eine Abschaffung des Regionalen Planungsverbands München kommt nicht in Frage. Die Regionalplanung muss in kommunalen Händen bleiben. Eine völlige Verstaatlichung, sei es in der Landesplanung oder in staatlichen Fachplanungen, verstößt gegen den Grundsatz der Subsidiarität. Mehr Staat statt weniger Staat wäre die Folge, ebenso mehr Bürokratie. Kommunale Träger der Regionalplanung müssen die Gemeinden und Städte mit ihrer verbürgten kommunalen Planungshoheit zusammen mit den Landkreisen sein. Keine einzelne kommunale Ebene darf die anderen Ebenen dominieren.
3. Der gesellschaftliche Wandel erfordert mehr Regionalität. Der Regionale Planungsverband München steht einer Diskussion über die derzeitigen Strukturen der Landes- und Regionalplanung aufgeschlossen gegenüber. Die Regionalen Planungsverbände benötigen, um Lebensqualität und Wirtschaftskraft in ihrer Region zu fördern, mehr Abweichungsmöglichkeiten vom landesweiten Entwicklungsprogramm.“
4. Die Reform des Regionalen Planungsverbands München und seiner Arbeit soll auf der Grundlage der Bedenken und Anregungen aus der Planungsausschusssitzung vom 02.03.2010 in einer gesonderten Sitzung noch 2010 erörtert werden.“

Abstimmung: Annahme ohne Gegenstimmen.